Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1912. Nr. 219. Jahrgang 205.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2.50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. — Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telephon 155 u. 158; Redaktionstelephon 1272. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Freitag, 10. Mai 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telephon Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Ein unerhörter Vorgang im preußischen Abgeordnetenhause.

Bei der gestrigen Beratung der Besitzbefestigungsvorlage im preußischen Abgeordnetenhause geschah, was sich bis jetzt noch niemals in der parlamentarischen Praxis des Deutschen Reiches und Preußens ereignet hat: daß ein Abgeordneter mit Polizeigewalt aus dem Saale entfernt werden mußte. (Wir meldeten den Vorgang bereits telegraphisch in Nr. 218 der „Hall. Ztg.") Daß es gerade das preußische Haus der Abgeordneten sein mußte, das den Schauplatz für diesen unerhört traurigen Zwischenfall abgeben mußte, wird niemand glauben, der das Bild des Hauses, wo bisher parlamentarische Sitte und Anstand ihre Stätte hatten, vor dem Einzug des winzigen Häufleins „Genossen" mit ihrem herausfordernden Terrorismus gekannt hat. Weniger verwunderlich wird dies Ende des Liedes schon dem sein, der in der letzten Zeit den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses beigewohnt hat und so Zeuge des schon oft gerügten rüpelhaften Benehmens der Sozi gewesen ist. Mußten wir uns doch in den letzten Wochen mit dem unglaublichen Benehmen der Roten im Hause der Landesboten nur zu oft in recht unerfreulicher Weise beschäftigen. Aber alle bisherigen Ausschreitungen waren nur Kinderspiel gegen die unglaubliche Flegelei des Häufleins „Volksbeglücker", insbesondere des „Genossen" Borchardt (Berlin), in der gestrigen Sitzung. Gestern riß dem Präsidenten Frhrn. von Erffa, dessen Unparteilichkeit, Milde und Nachsicht in der Geschäftsführung zu bewundern und zu rühmen ist, endlich seine Geduld. Was der „Genosse" Borchardt gestern dem Hause an frivoler Frechheit und Unverschämtheit zu bieten wagte, schlug dem Faß den Boden aus!

*

Ueber die Sitzung erhalten wir folgenden Bericht:

Sitzung vom 9. Mai 1912.

Am Ministertische Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer.

Präsident **Frhr. v. Erffa** eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die **Stärkung des Deutschtums** (Besitzbefestigungsgesetz) wurde fortgesetzt.

Abg. **Kloppenburg** (Däne): Das Gesetz ist ein Ausnahmegesetz und richtet seine Spitze auch gegen die einheimische Bevölkerung in Nordschleswig. Durch Ausnahmegesetze werden die Gegensätze aber nur verschärft und das Gegenteil von dem erreicht, was bezweckt wird. Wir müßten ein Volk von Hunden sein, wenn wir diese Bedrückung schweigend ertragen würden. Dies Ausnahmegesetz wird nur Unglück bringen und dem Deutschtum nicht helfen.

Abg. **Dr. Schifferer** (Natl.): Der Verlauf der Debatte hat gezeigt, daß der Gesetzentwurf vom Hause angenommen werden wird. Wir danken der Staatsregierung, daß das Gesetz auf Schleswig-Holstein Anwendung finden soll. Neben der materiellen Unterstützung, welche die Vorlage den Deutschen in Nordschleswig bringt, ist vor allem auch die moralische Unterstützung, die ihnen gegenüber dem Andrang der Dänen zuteil wird, zu begrüßen. Die Segnungen dieses Gesetzes können aber erst in die Erscheinung treten, wenn das Parzellierungsgesetz, dessen baldige Einbringung wir erwarten, in Kraft getreten sein wird. Die antideutschen Elemente gehen mit der Sozialdemokratie zusammen wegen ihrer gemeinsamen Gegnerschaft gegen den preußischen Staat. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Soz.)

Präsident **Frhr. v. Erffa** ersuchte wiederholt, die Zwischenrufe nur von den Plätzen aus zu machen. Abg. Borchardt widersprach. Der Präsident forderte den Abg. Borchardt zum letzten Mal auf, sich auf seinen Platz zu begeben, wenn er weitere Zwischenrufe zu machen beabsichtige. Abg. Borchardt weigerte sich in erregtem Tone, der Aufforderung des Präsidenten nachzukommen.

Präsident **Frhr. v. Erffa**: Meine Herren! Sie sehen, daß der Abg. Borchardt mir die ordnungsmäßige Führung der Präsidialgeschäfte unmöglich macht, ich schließe ihn daher für den Rest der Sitzung aus. (Lebhafter Beifall rechts, große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Borchardt** (Soz.) weigerte sich, den Saal zu verlassen mit den Worten: Wer mich verhindert, an der Sitzung teilzunehmen, der gehört ins Zuchthaus; ich setze mich auf meinen Platz.

Präsident **Frhr. v. Erffa**: Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich die Rechte des Hausherrn hier besitze. (Widerspruch bei den Soz.)

Da Abg. **Borchardt** den Saal nicht verließ, vertagte der Präsident um 11 Uhr 50 Minuten die Sitzung unter großer Unruhe und Bewegung des Hauses auf eine halbe Stunde.

Präsident **Frhr. v. Erffa** eröffnete die Sitzung wieder um 12 Uhr 17 Min. mit folgenden Worten: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte die Herren, ihre Plätze einzunehmen und die Wege freizuhalten. Herr Abg. Borchardt, da ich Sie noch immer auf Ihrem Platze sehe, trotzdem ich Sie für den Rest der Sitzung ausgeschlossen habe, fordere ich Sie zum letzten Male auf, den Saal zu verlassen. (Pause). Sie folgen dieser Weisung nicht. Da bleibt mir also nichts weiter übrig, als nach der Geschäftsordnung zu verfahren: „Der Präsident trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Ausschließung durchzuführen. Er kann hierzu insbesondere die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen" — was ich bereits getan habe — „den Sitzungssaal und die Tribünen räumen" — das habe ich nicht getan — „den ausgeschlossenen Abgeordneten aus diesen Räumen entfernen lassen . ." (sich zu einem neben ihm stehenden Beamten wendend) Bitte holen Sie mal . . . (Ein Polizeileutnant betritt mit dem Formular, das die Aufforderung enthält, den Abg. Borchardt aus dem Saale zu entfernen, vom Präsidenteneingang aus den Saal — Abg. **Hoffmann** ruft dreimal laut Hurra!) Ich bitte Sie für den Rest der Sitzung den Abg. Borchardt, den ich Ihnen durch einen Beamten zeigen lassen werde, herauszuführen und seinen Wiedereintritt zu verhindern. (Der Polizeileutnant geht auf den Abg. Borchardt zu, der zwischen den Abgg. Hoffmann und Leinert sitzt, und übergibt ihm das Formular.)

Abg **Borchardt**: Wer mich gewaltsam entfernt, verstößt gegen das Strafgesetzbuch. (Der Polizeileutnant: Ich bitte Sie, hinauszugehen.) Wer mich gewaltsam entfernt, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft. (Der Polizeileutnant: Ist mir bekannt!) Desto schlimmer, wenn es Ihnen bekannt ist. (Der Polizeileutnant: Ich fordere Sie auf, den Sitzungssaal zu verlassen!) Ich werde dieser Ihrer Aufforderung nicht gutwillig Folge leisten. (Der Polizeileutnant: Dann mache ich Sie nochmals darauf aufmerksam, daß ich bei weiterer Weigerung Zwang anwenden werde.) Dann mache ich Sie darauf aufmerksam, daß Sie sich dann eines Verbrechens schuldig machen auf Grund des Strafgesetzbuchs § 105. (Der Polizeileutnant: Ich mache Sie zum dritten und letzten Male darauf aufmerksam, daß ich bei fortgesetzter Weigerung Sie sofort gewaltsam entfernen lasse.)

Abg. **Borchardt**: Die Weigerung wird fortgesetzt.

Auf einen Wink des Polizeileutnants erscheinen zwei Schutzleute, die zunächst den Abg. Leinert, der sich weigert aufzustehen, gewaltsam von seinem Platze entfernen. Zwei weitere Schutzleute fordern den Abg. Borchardt nunmehr auf mitzukommen. Der Abg. Borchardt antwortet ihnen: Fällt mir garnicht ein, lassen Sie mich in Ruhe. Der Abg. Hoffmann ruft fortwährend: Unerhört! Die beiden Schutzleute bringen den Abg. Borchardt mit Gewalt von seinem Platze. Der Abg. Leinert ist inzwischen von den beiden Schutzleuten nach dem Ausgang bei der Ministerbank hingeschleppt worden und ruft: Was wollen Sie von mir? Lassen Sie mich doch in Ruhe. Herr Präsident, ich bitte Sie um Ihren Schutz. Auf einen Wink des Polizeileutnants wird der Abg. Leinert losgelassen. Der Abg. Borchardt wird unter heftigem Widerstand durch die Tür bei der Ministerbank hinausgeschleppt. — Abg. **Hoffmann** ruft: „Das ist das preußische Parlament!" — Rufe rechts: Ruhe! Ruhe!

Präsident **Frhr. v. Erffa**: Ich bedauere mit Ihnen allen diesen unangenehmen Zwischenfall, er war aber notwendig, denn wenn dem Präsidenten nicht mehr gehorcht wird, so sind wir am Ende mit unserer Macht.

Abg. **Leinert** (Soz.): Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung.

Präsident **Frhr. v. Erffa**: Inbezug auf diesen Zwischenfall kann ich Ihnen das Wort nicht geben.

Abg. **Hoffmann** (Soz.): Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung.

Präsident **Frhr. v. Erffa**: Ich kann Ihnen inbezug auf diesen Zwischenfall das Wort nicht geben.

Abg. **Hoffmann** (Soz.): Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung. Ich möchte ersuchen, daß dafür gesorgt wird, wenn hier aufgefordert wird, daß die Abgeordneten sich auf ihre Plätze begeben, daß nicht auf der rechten Seite des Hauses die Herren stehen bleiben. (Glocke des Präsidenten.) Das ist skandalös!

Präsident **Frhr. v. Erffa** (nach wiederholtem Glockenzeichen): Von rechts ist nicht durch Zwischenrufe gestört worden; da sind keine Zwischenrufe gemacht worden. (Abg. **Hoffmann**: Ja, aber nach rechts sind Sie schwerhörig! Klatschen auf der Abgeordnetentribüne). Zeichen des Beifalls sind auf der Tribüne untersagt, ich werde sonst sämtliche Tribünen räumen lassen. (Beifall. — Der Abg. Borchardt kehrt wieder auf seinen Platz zurück — verschiedene Rufe: Borchardt!)

Abg. **Leinert** (Soz.): Ich bin durch einen Schutzmann von meinem Platze verdrängt worden.

Präsident **Frhr. v. Erffa**: Ich kann Ihnen inbezug auf diesen Zwischenfall nicht das Wort geben.

Abg. **Leinert** (Soz.): Ich wollte den Präsidenten ersuchen, gegen diese Tatsache (Glocke des Präsidenten), daß ich gegen die Geschäftsordnung von meinem Platze gedrängt worden bin (Glocke des Präsidenten) und von Schutzleuten gegen die Balustrade geschleudert wurde . . . . (Große Unruhe und fortwährende Glockenzeichen des Präsidenten — Abg. **Hoffmann**: In die Regierung ist er hineingeschleppt worden! Präsident **Frhr. v. Erffa**: Die Sache ist für mich erledigt.

Abg. **Leinert** (Soz.): Für mich nicht!

Hierauf wurde die Debatte über das Besitzbefestigungsgesetz geschlossen und das Gesetz an die Budgetkommission verwiesen.

Abg. **Wolff-Lissa** (Fortschr. Vpt.) begründete den von allen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums unterstützten Antrag Aronsohn (Fortschr. Vpt.), wonach das Grundkapital der deutschen Pfandbriefanstalt in Posen auf sechs Millionen Mark erhöht werden soll.

Der Antrag wurde gleichfalls der Budgetkommission überwiesen.

Es folgte die erste Beratung des **Eisenbahnanleihegesetzes**.

Als der Präsident die einleitenden Worte spricht, rief Abg. **Hoffmann** (Soz.): Herr Präsident, es ist kein Wort zu verstehen, von dem, was Sie sagen, das Haus ist so unruhig.

Präsident **Frhr. v. Erffa**: Das Haus ist unruhig, weil der Abg. Borchardt seinen Platz im Saal wieder eingenommen hat. Ich fordere ihn auf, den Saal zu verlassen.

Da Abg. **Borchardt** sich weigerte, den Saal zu verlassen, wurde die Polizei wieder herbeigerufen, und der Abg. Borchardt durch vier Schutzleute gewaltsam aus dem Saal entfernt. Der Abg. **Hoffmann** rief: Preußen in Deutschland voran!

Das Haus beschloß, zunächst über die Elektrisierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn zu verhandeln. Nach einem Antrag **v. Pappenheim** (Kons.) soll dieser Teil der Vorlage an eine besondere Kommission verwiesen werden.

Minister **v. Breitenbach** erklärte sich mit der Kommissionsberatung einverstanden.

Nach kurzen Ausführungen der Abgg. **Kreitling** (Fortschr. Vpt.), **Dr. v. Woyna** (Freikons.), **Macco** (Natl.) und **Hoffmann** (Soz.) wurde dieser Teil der Vorlage an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Minister **v. Breitenbach**: Die stetig zunehmende Verkehrssteigerung nötigt uns, unser Eisenbahnnetz weiter auszubauen. In der Vorlage sind drei Hauptbahnen in Aussicht genommen. Zur Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes wird neben dem Ausbau der Nebenbahnen auch auf die weitere Förderung des Baues der Kleinbahnen Bedacht genommen werden.

Abg. **v. Quast** (Kons.) erklärte die Zustimmung seiner Freunde zu der Vorlage.

Abg. **Hoffmann** (Soz.) zur Geschäftsordnung: Ich möchte fragen, warum die Mitteltüren des Saales geschlossen sind. Ich kann doch nicht annehmen, daß der Präsident glaubt, daß die paar Abgeordneten, die im Saal anwesend sind, weglaufen.

(Die vier offenen Saaltüren an den Seiten und an der Ministerbank sind von je einem Saaldiener und einem Schutzmann besetzt.)

Vizepräsident **Dr. Krause**: Das ist keine zulässige Frage zur Geschäftsordnung. Der Herr Präsident hat die Anordnung getroffen; eine Kritik darüber steht Ihnen nicht zu.

Abg. **Hoffmann** (Soz.): Die Türen dürfen polizeilich garnicht geschlossen werden.

Vizepräsident **Dr. Krause**: Ich kann eine Erörterung der Angelegenheit nicht zulassen.

Abg. **Dr. v. Woyna** (Freikons.): Das Tempo des Baues von Nebenbahnen muß beschleunigt werden.

Abg. **Macco** (Natl.): Es rächt sich jetzt, daß das Hauptbahnnetz im allgemeinen als abgeschlossen betrachtet wird. Im Interesse des Güterverkehrs sollten Umgehungsbahnen in weiterem Umfange gebaut werden.

Minister **v. Breitenbach**: Im Interesse der Melioration des Landes hat in den nächsten Jahren der Bau der Hauptbahnen hinter dem der Nebenbahnen zurückzutreten. Wir bauen überwiegend in letzter Zeit unter ungünstigen Geländeverhältnissen. Die in der Vorlage projektierten Linien führen vielfach durch Gebirgsgegenden. Überdies müssen wir berücksichtigen, daß wir uns bei unseren Forderungen der Finanzlage des Staates anzupassen haben. Den Meliorationsbahnen wenden wir unausgesetzt unsere ganz besondere Aufmerksamkeit zu.

Abg. **Kreitling** (Fort. Vpt.) sprach seine Freude darüber aus, daß das Kleinbahnwesen durch die Vorlage eine erhebliche Förderung erfahre.

Nachdem eine Anzahl Abgeordnete noch eine Reihe von Einzelwünschen vorgebracht haben, vertagte sich das Haus.

Es entspann sich eine Geschäftsordnungsdebatte, während welcher der Abg. Borchardt von der Journalistentribüne aus zuhörte.

Zur Geschäftsordnung protestierte

Abg. **Leinert** (Soz.) dagegen, daß er gewaltsam von seinem Platze entfernt worden ist. Dieser Überfall der Schutzleute ist eine Beleidigung meiner Person und eine infame Beleidigung für das Haus.

Präsident **Frhr. v. Erffa**: Ich habe dem Polizeileutnant nicht Befehl gegeben, Leinert vom Platz zu weisen.

Abg. **Leinert** (Soz.): Ich bedauere, daß ich in dem Augenblick, als ich überfallen wurde, nicht bewaffnet war, um mich gegen die infame Beeinträchtigung meiner verfassungsmäßigen Rechte zu schützen. Der Präsident hätte die skandalöse Szene verhindern können.

Präsident **Frhr. v. Erffa**: Ich verbitte mir jede Kritik meiner Geschäftsführung. Wenn mir die ordnungsmäßige Geschäftsführung nicht erschwert worden wäre, wären alle diese Szenen nicht vorgekommen.

Abg. **Leinert** (Soz.): Wenn uns der Präsident gegen körperliche Beleidigung nicht schützt, müssen wir uns selbst schützen.

Abg. **Dr. Pachnicke** (Fortschr. Vpt.): Die widerlichen Szenen hätten vermieden werden können, wenn der Präsident Leinert aufgefordert hätte, seinen Platz zu verlassen.

Abg. **Hirsch** (Soz.): Soll es in Zukunft Sitte werden, daß alle Gänge mit Schutzleuten besetzt werden? Der Präsident ist für die Handlung des Polizeileutnants verantwortlich.

Präsident **Frhr. v. Erffa**: Wenn Borchardt der Aufforderung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191205102-17/fragment/page=0001

des Polizeileutnants gefolgt wäre, hätten sich diese widerwärtigen und unangenehmen Szenen nicht abgespielt.

Abg. v. Kröcher (Kons.): Der Präsident ist für das Vorgehen der Polizei nicht verantwortlich. Nach Erteilung des Auftrags an den Polizeileutnant fällt die Verantwortung für die Ausführung des Auftrags der Polizei zu. Die Polizei wird die Verantwortung tragen können.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Sie (nach rechts) führen das Haus mit Ihrer Auffassung in den Sumpf der Verachtung hinein. (Große Unruhe.) Der Präsident hat nicht in elementarer Weise seine Pflicht getan. (Stürmische anhaltende Unruhe und lebhafte Entrüstungsrufe rechts und im Zentrum. Der Präsident entzog dem Abg. Liebknecht das Wort.)

Präsident Frhr. v. Erffa: Vorchardt hat mir dauernd die Geschäftsführung unmöglich gemacht, und nun beschweren sich die Herren, daß Ihnen unrecht geschehen ist! Das heißt doch, die Dinge auf den Kopf stellen.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. v. Kröcher (Kons), Leinert und Hoffmann (Soz.) wurde die Geschäftsordnungsdebatte geschlossen.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Eisenbahnanleihegesetzes.

Schluß nach 4¾ Uhr.

*

Bei Redaktionsschluß wird uns noch aus Berlin gedrahtet: Der Abgeordnete Vorchardt hat gegen seine Ausschließung aus der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses schriftlich Einspruch erhoben. Er „begründet" dies damit, daß die Ausschließung gegen das Strafgesetzbuch verstoße, das durch die Geschäftsordnung nicht aufgehoben werden könne, daß er vorher nicht zur Ordnung gerufen worden sei, daß Abgeordnete anderer Parteien dasselbe getan hätten wie er, und daß schließlich der Präsident überhaupt nicht das Recht habe, einem Abgeordneten vorzuschreiben, von wo er Zwischenrufe machen dürfe. Der Präsident wird dem Hause vorschlagen, die Abstimmung über den Protest nächsten Montag vornehmen zu lassen.

Grenzmarkensorgen.

Das Deutsche Reich ist ein Nationalstaat auf deutscher Grundlage. Den deutschen Charakter des Reiches zu wahren und zu kräftigen, ist die erste Aufgabe einer nationalen Staatskunst. Es kann daher nicht zugelassen werden, daß sich in den Grenzbezirken, die mit fremdstämmigen Bewohnern durchsetzt sind, Bestrebungen breit machen, die sich gegen die Staatsgemeinschaft richten, auf die Verdrängung des Deutschtums hinarbeiten und in letzter Linie auf eine gewaltsame Loslösung vom Reiche hinauslaufen. Nun liegen die Dinge im Reiche so, daß, abgesehen von den Französlingen im Reichslande, deren Uebermut man bedauerlicherweise noch durch eine sehr demokratische Verfassung gestärkt hat, sich fremde Stämme eigentlich nur im preußischen Staate vorfinden, dem sie durch die geschichtliche Entwicklung zugefallen sind. Preußen ist damit auch die Aufgabe zuteil geworden, die Interessen des Deutschtums gegenüber landesverräterischen Bestrebungen von nichtdeutscher Seite zu wahren, und wenn man auch zugeben muß, daß man diese Aufgabe hier infolge einer Unterschätzung der Gefahr und aus unangebrachter Rücksichtnahme erst sehr spät in Angriff genommen hat, so bleibt das, was in den letzten Jahrzehnten auf diesem Gebiete geschehen ist, doch anzuerkennen. Es sei hier nur auf die Erfolge der Ansiedlungskommission in den Provinzen Posen und Westpreußen verwiesen, die Tausende von deutschen Bauern angesiedelt und so dem Deutschtum in weiten national gefährdeten Bezirken einen festen Rückhalt gegeben hat. Die stille Minierarbeit der Polen im Osten bildet eine stete Gefahr für den preußischen Staat und für die Sicherheit des Reiches; mit nicht zu unterschätzender Geschicklichkeit wissen sie sich einzumischen und ihren Machtbereich weiter auszudehnen. Ein laisser aller wäre vom nationalen Standpunkte aus ein Verbrechen. Darauf weisen alle Kenner der Ostmark immer aufs neue hin, und es kann nicht Wunder nehmen, daß man in weiten Kreisen mit Verwunderung die auffällige Erscheinung verfolgt hat, daß die Regierung von dem ihr zustehenden Rechte der Enteignung bisher keinen Gebrauch gemacht hat, trotzdem der polnische Grundbesitz wächst und die Ansiedlungskommission nicht mehr weiß, wie sie den deutschen „Landhunger" befriedigen soll. Es wäre zu bedauern, wenn die Zweifler recht behalten sollten, die darin eine Abkehr von dem bisherigen bewährten Polenkurse erblicken wollen.

Die Ansiedlungstätigkeit hat sich als bestes Mittel zur Stärkung des Deutschtums erwiesen; um so mehr hat man es als eine Lücke in der Gesetzgebung angesehen, daß die Ansiedlungskommission lediglich die Provinzen Posen und Westpreußen in den Kreis ihrer Arbeit zog. Man ließ es in den anderen nationalgefährdeten Grenzgebieten zu, daß sich die Fremdstämme breit machten und ihre deutschfeindlichen Bestrebungen ungehindert verfolgten. So drangen die Polen nach Schlesien, Ostpreußen und Pommern, die Dänen nach Nordschleswig — „Südjütland" nennen sie es — vor. Hier will man jetzt Wandel schaffen. Die Staatsregierung hat dem Landtage einen Gesetzentwurf eingereicht, laut welchem ihr 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Hierfür sollen in nationalgefährdeten Bezirken der Provinzen Schlesien, Ostpreußen, Pommern und Schleswig-Holstein bäuerliche und größere Güter erworben werden, die als Rentengüter an deutsche Landwirte und Arbeiter ausgegeben werden. Auch beabsichtigt der Staat, sich an solchen gemeinnützigen Gesellschaften durch Stammeinlagen zu beteiligen, die gleiche Ziele verfolgen. Auf gesetzlichem Wege soll sichergestellt werden, daß diese Güter in deutschem Eigentum und Besitz verbleiben. Man kann diese Vorschläge nur gutheißen; eine große Mehrheit in den beiden Häusern des Landtages ist dem Entwurf sicher. Die Verabschiedung des Gesetzes soll in kürzester Zeit erfolgen.

Der preußische Staat und das preußische Wahlrecht sind heute arg verschrieen im Reiche. Veraltet, vorsintflutlich, rückständig, reaktionär — so schallt es aus dem Blätterwalde der gesamten Linken alltäglich aufs neue heraus. Da will es denn angebracht erscheinen, sich einmal klar darüber zu werden, was dieser Staat geleistet hat und wie er noch heute die feste Stütze des Deutschtums bildet. Im preußischen Landtage ist dank dem Dreiklassenwahlrecht noch jederzeit eine feste Mehrheit für alle nationalen Forderungen gewesen. Welches Schicksal würde den Grenzmarkenvorlagen zuteil werden, wenn ihr Schicksal z. B. vom Reichstage abhängig wäre? Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie würden sie glatt niederstimmen! Das sollte denen zu denken geben, die auf das Reichstagswahlrecht schwören und es gedankenlos auch auf Preußen übertragen möchten.

Deutsches Reich.

* **Der Wechsel auf dem Botschafterposten in London.** Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Der Kaiserliche Botschafter Graf Wolff-Metternich hatte bereits vor Jahresfrist, nachdem er zehn Jahre den verantwortungsvollen Posten in London, zum Teil unter schwierigen Umständen, verwaltet, seine Absicht ausgesprochen, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Verschiedene Gründe veranlaßten den Botschafter, die Ausführung dieser Absicht zu verschieben. Es kamen der Besuch Seiner Majestät des Kaisers in London, dann die Krönungsfeierlichkeiten und die politischen Ereignisse des letzten Jahres, welche einen Wechsel auf der Londoner Botschaft unerwünscht erscheinen ließen. Nunmehr hat, wie wir hören, der Botschafter seinen Abschied eingereicht und bewilligt erhalten. Für die sofortige Wiederbesetzung des Postens ist Vorsorge getroffen. Sobald die Aeußerung der englischen Regierung vorliegt, ob die in Aussicht genommene Persönlichkeit ihr genehm ist, wird die Ernennung des Nachfolgers und ihre Veröffentlichung erfolgen.

* **Zum Vortrag beim Kaiser in Karlsruhe.** Dem Vernehmen nach wird sich außer dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg und dem Botschafter Frhrn. Marschall v. Bieberstein auch der Staatssekretär des Aeußern v. Kiderlen-Wächter nach Karlsruhe begeben, um dem Kaiser am Sonnabend dort Vortrag zu halten.

* **In der Sitzung des Bundesrats** am 9. cr. wurden der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend die Einrichtung von Sammelkarten und die Vernichtung von Quittungskarten, der Entwurf einer Gebührenordnung für eichamtliche Beglaubigungen und Prüfungen außerhalb des eichamtlichen Verkehrs, die Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken und der Entwurf eines Postscheckgesetzes den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Zugestimmt wurde der Vorlage betreffend Aenderung der Zündwaren-Kontingentierungsordnung, der Vorlage betreffend Besteuerung der Schenkungen unter Lebenden und der Vorlage betreffend drei am 29. September 1911 in Berlin unterzeichnete Verträge mit Bulgarien. Der Entwurf einer Bekanntmachung über die Höhe der Zinsen, die dem Gemeinvermögen bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gutzuschreiben sind usw., und der Entwurf einer Kaiserlichen Verordnung über das Inkrafttreten des Gesetzes betreffend die Aufhebung des Hilfskassengesetzes gelangten zur Annahme.

* **Der Militäretat in der Budgetkommission.** Die Budgetkommission des Reichstages führte am Donnerstag die Beratung des Militäretats noch nicht ganz zu Ende. Das Zentrum hat eine Duell-Resolution eingebracht, die wir bereits in Nr. 218 der „Hall. Ztg." mitteilten.

Zum Kapitel „Servis" ist von elsäßischer Seite ein Antrag eingegangen, die Servis-Sätze für selbst eingemietete Unteroffiziere um 33⅓ v. H. zu erhöhen. Der Berichterstatter befürwortet den Antrag und regt eventuell die Schaffung von Wohnungen für Verheiratete an. Ein Zentrumsmitglied beantragt dann eine Entschließung, wonach der Kriegsminister um nächstjährigen Etat an anderer Stelle mehr einsetzen soll zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Unteroffiziere. Von der Heeresverwaltung wird die Unzulänglichkeit der Wohnungsverhältnisse der Unteroffiziere anerkannt. Die Erhöhung um 33⅓ v. H. würde für Preußen 950 000 Mk. erfordern. Ein Vertreter der Finanzverwaltung ersucht, wegen der entstehenden Ungleichheiten nicht den Antrag, sondern die Zentrumsentschließung anzunehmen. Für sämtliche Kontingente würden 1 200 000 Mark erforderlich. Die Entschließung wird einstimmig angenommen. Beim Kapitel „Pferdebeschaffung" wünscht ein konservatives Mitglied Erhöhung der Preise für Remonteferde sowie Einbeziehung der Provinz Brandenburg in die Remonte-Provinzen. General Wandel führt aus, daß die Preise in den letzten Jahren ständig gestiegen seien. Es sei auch Wunsch der Heeresverwaltung, daß die Remontezucht auf der Höhe bleibe. Die jetzigen Preise machten das aber möglich. Es sei auch nachgewiesen, daß die Zahl der kriegsbrauchbaren Pferde in allen Provinzen wachse. Beim Kapitel „Reisegebührnisse usw." bemängelt ein volksparteiliches Mitglied die Höhe der Kilometergelder. Ein Vertreter der Heeresverwaltung erklärt die Grundsätze für Auszahlung der Reisegebührnisse, die im ganzen Reiche einheitlich festgesetzt sind. Die Versetzungen sind aus Ersparnisgründen auf das dienstlich dringend Notwendige beschränkt. Von Zentrumsseite wird der Bemängelung beigetreten und die Streichung der Mehrausgaben von 195 000 Mk. beantragt. Der Zentrumsantrag auf Streichung wird angenommen mit den Stimmen des Zentrums, der Volkspartei und der Sozialdemokraten. Beim Kapitel „Verkehrswesen" bittet ein konservatives Mitglied um Mitteilungen über das Flugwesen. Ein Vertreter der Verwaltung führt aus, daß in diesem Jahre aus verschiedenen Posten 5 Millionen Mark für das Flugwesen verwandt werden können. Er macht weiter vertrauliche Mitteilungen über Organisation der Flieger. Ein sozialdemokratisches Mitglied fragt nach Verwendung der Nationalspende. Der Kriegsminister teilt mit, daß hoffentlich davon für die Heeresverwaltung etwas abfällt. Es ist aber darüber noch nichts ausgemacht, die elsässrechtliche Seite also noch nicht geregelt. Der Bau einer Garnisonkirche in Stettin wird gegen die fortschrittlichen und sozialdemokratischen Stimmen bewilligt. Für den Bau eines Dienstwohngebäudes für ein Generalkommando in Frankfurt a. M. werden im ganzen 788 000 Mk. gefordert, als erste Rate 15 000 Mk. Ein Zentrumsmitglied hält das für viel zu hoch und beantragt die Streichung der ganzen Forderung. Die Beratung wird hier abgebrochen. Freitag Weiterberatung.

* **Die Deckungsvorlage in der Kommission.** Die achte Kommission des Reichstages (betreffend Beseitigung des Branntweinkontingents) hat gestern die erste Lesung des Gesetzentwurfs beendet und gedenkt am Sonnabend in die zweite Lesung des Entwurfs einzutreten.

* **Der Seniorenkonvent des Reichstages** beriet gestern über die Geschäftslage. Es soll der Versuch gemacht werden, bis Pfingsten fertig zu werden. Dies könne gelingen, wenn folgender Arbeitsplan eingehalten werde:

Vom 10. bis 24. Mai stehen 12 Sitzungstage zur Verfügung. Hiervon sollen entfallen: auf die zweite Beratung des Etats für Heer und Marine und die zweite Beratung der Wehrvorlagen vier Tage (10. bis 14. Mai), auf die zweite Beratung der Zölle, kleinere Etats usw. erst ein Tag (15. Mai), auf die zweite Beratung des Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amts zwei Tage (17. und 18. Mai), auf die zweite Beratung über die Branntweinvorlage zwei Tage (20. und 21. Mai), auf dritte Beratungen drei Tage (22. bis 24. Mai). Um die Geschäfte des Plenums zu fördern, wollen die Hauptkommissionen am kommenden Sonnabend Sitzung halten, zumal die nächste Woche einen Feiertag bringt.

* **Prinz Waldemar in Tokio.** Der Kaiser von Japan erwiderte gestern den Besuch des Prinzen Waldemar von Preußen, der aus diesem Anlaß im Kasumigaseki-Palast Wohnung genommen hatte.

* **Wermuth Oberbürgermeister von Berlin.** In der gestrigen geheimen Sitzung der Berliner Stadtverordneten fand eine allgemeine Aussprache über die notwendig werdende Wahl eines neuen Oberbürgermeisters statt. Die Vertreter der bürgerlichen Gruppen erklärten sich lebhaft für die Wahl des Staatssekretärs a. D. Wermuth. Es wurde beschlossen, die Wahl selbst am nächsten Mittwoch vorzunehmen. Die Wahl des Staatssekretärs Wermuth ist hiernach gesichert.

* **Wiemer in Varel-Jever gewählt.** In der gestrigen Reichstagsersatzstichwahl im 2. oldenburgischen Wahlkreise Varel-Jever siegte Dr. Wiemer (fortschr. Vp.) mit 15 854 Stimmen über Hug (Soz.), für den 13 474 Stimmen abgegeben worden sind.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 9. Mai 1912.

Am Bundesratstische Staatssekretär Dr. Delbrück.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 17 Min. und gab Kenntnis von dem Danktelegramm des Kronprinzen für die Glückwünsche des Reichstags zu seinem Geburtstage.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die dritte Beratung eines Gesetzentwurfs betreffend Änderung des Strafgesetzbuchs.

Abg. Mertin (Rpt.): Leider enthält die Novelle keine mildernde Umstände für Telegraphen- und Telephonvergehen. Telephonvergehen ohne weiteres mit Gefängnis zu bestrafen, wäre zu hart.

Abg. Wellstein (Ztr.) trat dem Vorredner entgegen.

Abg. Dr. Arendt (Rpt.): Es ist eine Härte, wenn man auch diejenigen Beamten, die nur ausnahmsweise zur Vertretung im Telegraphen- oder Telephondienst tätig sind, im Übertretungsfalle mit Gefängnis bestraft. Hier wäre eine Geldstrafe am Platze. Ich beantrage Absetzung des Gegenstandes von der heutigen Tagesordnung.

Dieser Antrag wurde abgelehnt und die Novelle unverändert angenommen.

Es folgte die erste Lesung des Gebührentarifs für den Kaiser Wilhelm-Kanal.

Ohne Debatte wurde diese Vorlage erledigt und auch sofort die zweite Lesung debattelos angenommen.

Hierauf wurde die zweite Lesung des Etats des Reichsschatzamts fortgesetzt.

Abg. Schöpflin (Soz.): Die Veteranenbeihilfe muß liberaler bewilligt werden. Der Staatssekretär Kühn sollte sich damit vorteilhaft in sein Amt einführen, indem er das Elend unter den Veteranen mildert. Jetzt, wo man uns fortgesetzt von den Etatsüberschüssen erzählt, da sollte für die paar tausend Veteranen ausreichend gesorgt werden. (Beifall.)

Abg. Arnstadt (Kons.): Es muß festgestellt werden, daß wir bis heute noch nicht vollständig unserer Ehrenpflicht gegen die Veteranen nachgekommen sind. Wir sollen nicht an neue Steuern denken, wenn anderweite Mittel vorhanden sind. Aber um diese Ehrenschuld zu tilgen, müssen alle Mittel flüssig gemacht werden.

Abg. Bruchhoff (Fortschr. Vpt.): Namens meiner Freunde habe ich zu erklären, daß wir, wenn irgend möglich, eine Erhöhung dieser Position wünschen und zwar noch für diesen Etat.

Abg. v. Oertzen (Rpt.): Es ist zu bedauern, daß der milde und fürsorgliche Standpunkt den Veteranen gegenüber von vielen unteren Behörden nicht geteilt wird. Die Beihilfe soll keine Armenunterstützung sein. Die Summe von 120 Mark pro Jahr, die 1895 festgesetzt ist, müßte auf wenigstens 180 Mark erhöht werden. Ich kann es nur auf das Allerschärfste verurteilen und brandmarken, wenn einem meiner alten Kameraden wegen seiner Zugehörigkeit zu einer radikalen Partei die Unterstützung entzogen wird.

Abg. Dr. Will-Schlettstadt (Elf.): Bei den vielen Millionen, die wir jetzt für die Heeresvorlage übrig haben, sollten wir auch einige Millionen für die alten Krieger freimachen. (Sehr richtig!)

Abg. Thöne (Soz.): Vor allen Dingen muß die Bestimmung beseitigt werden, wonach unter gewissen Umständen ein Veteran als „unwürdig" bezeichnet werden kann.

Abg. Baumann (Ztr.): Man sollte den Veteranen nicht engherzig gegenübertreten. Besonders bitte ich die Regierung Bayerns, von wo die meisten Klagen über Abweisungen der Gesuche kommen, sich hilfreicher zu erweisen. Die Veteranen werden immer älter und bedürftiger, und es muß deshalb die Beihilfe erhöht werden, wenigstens auf 15 Mark monatlich. (Sehr richtig!)

Abg. Vogt-Hall (Deutschkons.): Verwunderlich ist, daß immer wieder von der Volksvertretung diese Wünsche an die Regierung herangebracht werden müssen. Ich bin mit der Erhöhung der Beihilfe einverstanden. Es könnte aber ein Unterschied insoweit gemacht werden, als den ganz Hilflosen und Erwerbslosen das Doppelte der Rente gegeben wird. Der nächste Krieg wird uns wieder neue Veteranen bringen, die unterstützt werden müssen. Darum müßten wir auf eine Steuer denken, die nur für diesen Zweck bestimmt ist. Der Wehrsteuer stehe ich für meine Person sehr sympathisch gegenüber, aber eine Verbindung mit der Erbschaftssteuer will ich nicht.

Abg. Heck (Natl.): Eine Wehrsteuer, die die Besitzenden und Reichen trifft, die vom Militärdienst befreit werden, ist dem Volke draußen außerordentlich sympathisch. Die Erhöhung der Veteranenbeihilfen auf 180 Mark in Fällen der Not und der Armut halte ich für dringend erforderlich.

Abg. Koch (Fortschr. Vpt.): Die Bedürftigkeitsfrage spielt hier eine ganz und gar nicht berechtigte Rolle. Es ist einfach unwürdig, wenn die Behörden ihr Verhalten gegenüber den Veteranen so einrichten, als handle es sich um eine Armenunterstützung.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dombeck (Pole), Lietmeyer (Wirtsch. Vgg.), Werner-Herzfeld (Kfpt.), Schwarz-Schweinfurt (Ztr.) und Prinz zu Schönaich-Carolath (Natl.), der abermals für eine Erhöhung der Veteranenbeihilfe auf 180 Mark pro Jahr und für Einführung einer Wehrsteuer eintrat, erklärte

Reichsschatzsekretär Kühn: Daß ich als alter Kriegsteilnehmer ein warmes Herz für meine alten Kameraden habe, brauche ich nicht zu betonen. Auch der Bundesrat hat das gleiche Empfinden stets bewiesen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn trotzdem Mißgriffe vorgekommen sind, so ist das bei den 400 000 Veteranen zwar bedauerlich, aber nicht unerklärlich. Neue Hoffnungen für die Zukunft will ich heute nicht wecken. Wohl aber kann ich mitteilen, daß wir dafür sorgen werden, daß die Bundesratsverordnungen so ausgeführt werden, wie sie beabsichtigt sind. (Bravo!) Wir sind bereit, durch ein erneutes Rundschreiben an die Bundesregierungen dahin zu wirken, daß die Handhabung der Gesetzgebung weitherzig und wohlwollend ist. Wir hoffen, daß es in kurzer Zeit im Deutschen Reich keinen unterstützungsbedürftigen Veteranen mehr gibt, dem die Unterstützung versagt wird. (Bravo!)

Der Rest des Etats des Reichsschatzamts wurde bewilligt.

Es folgte der Etat des allgemeinen Pensionsfonds. Hierzu liegt eine Resolution der Polen vor, wonach das Ruhegehalt der sogenannten Altpensionäre entsprechend den veränderten Lebensverhältnissen angemessen erhöht werden soll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191205102-17/fragment/page=0002

Abg. Erzberger (Ztr.) erstattete den Bericht der Kommission und rügte die zu schnelle Pensionierung der Offiziere und die Praxis bei der Verabschiedung der Militärapotheker mit Pension, denen alsdann die Apothekenkonzession erteilt werde. Auch wäre bei verabschiedeten Offizieren, die eine gut bezahlte Stellung in Privatbetrieben einnähmen, die Zahlung der oftmals bedeutenden Pension überflüssig. Für die Kriegsinvaliden müßte mehr gesorgt werden, der Kaiserliche Erlaß von 1884 müßte bei den Gesuchen der Invaliden von den unteren Instanzen mehr berücksichtigt werden. Die Militärverwaltung sollte ihre ganze Autorität einsetzen, daß der Erlaß des alten verstorbenen Kaisers bei allen Instanzen volle Berücksichtigung findet. Ein weiterer Übelstand entsteht dadurch, daß wir auf die Dauer die jährlich in einer Anzahl von 8 bis 10 000 Mann aus dem Heere ausscheidenden Unteroffiziere in Zivilstellen als Beamte unterzubringen haben. Hier müssen rechtzeitig Maßnahmen getroffen werden, um den Unteroffizieren auch in Form von Heimstättenbesitzungen eine Versorgung zu sichern. Gegenwärtig zahlen wir jährlich 29 Millionen Rente an dienstuntauglich gewordene Soldaten; da sollte man bei der Aushebung vorsichtiger sein und möglichst auch die Schulärzte hinzuziehen, die die Rekruten persönlich kennen.

Generalleutnant Bacmeister: Die Indienststellung der Militärapotheker wird nach ihrer Felddienstfähigkeit nach genauen Vorschriften gehandhabt. Die Unterstützungen der Kriegsinvaliden sind kürzlich erhöht worden. Die gute Zivilversorgung ist eine Lebensfrage für die Armee. Die jüngst eingetretene Stockung ist auf das Sparsamkeitsprinzip der Behörden zurückzuführen, die mit der Beamtenanstellung zurückhalten. Dem Wunsche, bei den Aushebungen strenger vorzugehen, wird entsprochen werden.

Sächsischer Generalmajor Frhr. Leuckart v. Weißdorf und Admiral Reinhardt erklärten, daß in zwei vom Abg. Erzberger angeführten Fällen von Pensionierungen von Militärapothekern zu Recht verfahren worden ist.

Abg. Siebenbürger (Kons.): Wir fordern für unsere Altpensionäre eine zeitgemäße Aufbesserung ihrer Bezüge.

Abg. Götting (Natl.): Die Gesuche der Kriegsinvaliden müssen wohlwollend geprüft und erledigt werden.

Generalleutnant Bacmeister gab Auskunft über die Handhabung des Pensionsgesetzes unter Berücksichtigung des Vermögens und Einkommens der Ehefrau.

Abg. Liesching (Fortschr. Vpt.): Die Ziviltätigkeit pensionierter Offiziere muß Mißtrauen erregen.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Thoene (Soz.) und Dr. Sirupe (Fortschr. Vpt.) sowie des Generalleutnants Bacmeister wurde der Etat des Allgemeinen Pensionsfonds angenommen, desgleichen die Resolution der Polen.

Ohne Debatte passierten die Etats des Reichsmilitärgerichts und des Rechnungshofes.

Es folgte der Etat des Reichstages.

Hierzu liegt eine Resolution der Nationalliberalen vor auf Gewährung der freien Eisenbahnfahrt für die ganze Dauer der Legislaturperiode.

Abg. Kunert (Soz.) wünschte Broschürenformat für die stenographischen Berichte, sowie eine Reform des Diätengesetzes. Er stimmte der Resolution der Nationalliberalen zu. Daß der Etat so spät eingebracht worden ist, ist nicht zu entschuldigen, aber zu verstehen. Denn der Reichskanzler ist ja nur der Diener eines gekrönten politischen Dilettanten (Der Präsident rief den Redner zur Ordnung), eines Zaren, der nur willenlose Kreaturen um sich haben will. (Der Redner wird zum zweiten Male zur Ordnung gerufen.) Es wird gut sein, wenn der Kanzler geht, so schnell als möglich; das liegt im Interesse der Arbeiter und der Nation. (Der Präsident rief den Redner zum dritten Male zur Ordnung.)

Abg. Erzberger (Ztr.) hat um beschleunigte Herstellung eines Generalregisters der Reichstagsverhandlungen.

Abg. Paasche (Natl.): Die Tätigkeit unseres verehrten Direktors verdient volle Anerkennung. (Bravo!) Räumliche Veränderungen werden insofern geplant, als kleinere Arbeitsräume für die Abgeordneten mit einem davorliegenden größeren Wintergarten geschaffen werden sollen. Die Freisahrt muß für die ganze Legislaturperiode Gültigkeit bekommen.

Abg. Haase (Soz.): Um Mißverständnissen vorzubeugen, will ich erklären, daß wir als Fraktion die scharfe Kritik des Abg. Kunert über die Hausverwaltung nicht teilen. Wir erkennen die große Arbeitsleistung der Verwaltung des Reichstages in vollem Umfange an. (Allseitiges Bravo!)

Der Etat des Reichstages wurde bewilligt und die Resolution der Nationalliberalen einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (pünktlich): Wahlprüfungen, Wehrvorlage.

Schluß nach 8¼ Uhr.

Ausland.

Der italienisch-türkische Krieg.

Die Ausweisungen von Italienern aus der Türkei.

Der italienische Arzt Foscolo ist von Saloniki ausgewiesen worden. Die Ausweisung einer weiteren Anzahl mißliebiger Italiener wird geplant. Bereits vorige Woche wurde der ehemalige Telegraphenrevisor der Orientbahnen, Vicentini, ausgewiesen.

Aus Rhodos. — Italien entrüstet sich.

Die römische „Agenzia Stefani" meldet: Nach einem drahtlosen Telegramm aus Rhodos hat der Kreuzer „Duca di Genova" die Wache von Kalcia, bestehend aus einem Unteroffizier und 13 Soldaten, gefangen genommen. Sie wird mit den andern auf der Insel gemachten Gefangenen sowie dem Wali von Rhodos und seinen Sekretären nach Italien gebracht werden. — Inzwischen fahre die türkische Regierung ihrer Gewohnheit gemäß fort, „schamlos Unwahrheiten zu verbreiten". Sie gebe „die unwahrscheinlichsten Meldungen über die Ereignisse sowohl auf der Insel Rhodos wie in den dortigen Gewässern bekannt". Zu den tausend gefangenen Italienern würden jetzt noch tausend getötete hinzugefügt und die Abfahrt der italienischen Flotte aus dem Ägäischen Meer gemeldet. Alle diese Meldungen seien „so kindisch und lächerlich, daß jedes Dementi überflüssig" sei.

Saloniki bombardiert?

Das in Paris verbreitete Gerücht, die Italiener hätten Saloniki bombardiert, ist, wie aus Rom gemeldet wird, vollkommen unbegründet.

Italien dementiert immer von neuem.

Die italienische Botschaft in Berlin ist ermächtigt, auf das formellste und nachdrücklichste zu erklären, daß die aus türkischer Quelle stammenden Nachrichten von einem Verlust der Italiener von tausend Toten und tausend Gefangenen auf Rhodos gänzlich unbegründet seien.

Marokko.

Wie aus Fez gemeldet wird, hatte die Kolonne Girardon ein leichtes Gefecht mit Deserteuren von Arbaua. Der Häuptling der Beni Uarain, Ben Sahid, wurde getötet, die Kolonne hatte zwei Verwundete.

Aus Nah und Fern.

Zu den Hochwasser-Katastrophen

wird weiter aus München, 9. Mai, gemeldet: Fortlaufend treffen neue Hochwassermeldungen aus allen Kreisen Südbayerns ein, denen zufolge das Hochwasser bedeutende Schäden angerichtet hat. So werden aus Tölz schwere Wolkenbrüche gemeldet, die gestern dort niedergingen und die der Isar große Wassermassen zuführten und die niedrig gelegene Straße nach Lenggries unter Wasser setzten. Die Wassermassen führten wohl 500 Flößbalken mit sich, die einen Wert von 10 000 Mk. repräsentieren. Aus Garmisch wird ein Steigen der Loisch, der Partnach und des Kanker gemeldet. Aus Rosenheim traf die Nachricht ein, daß der Inn den Hochstand seit der Katastrophe vom Jahre 1899, nämlich 3,75 Meter, erreicht hat. Mangfall, Traun, Prien, Salzach und Weißach führen Hochwasser. Der Seespiegel des Tegernsees ist gleichfalls im Steigen begriffen. Wenn der warme Regen und die Schneeschmelze andauern, ist eine Katastrophe ähnlich der von 1899 zu befürchten. In Augsburg hat der Lech heute früh 8 Uhr den Damm des neuerbauten Wehrs weggerissen. Der Schaden wird auf 10 000 Mk. berechnet. Der Lech steigt noch weiter. In Burghausen hat die Salzach bereits den unteren Stadtteil unter Wasser gesetzt. Das Hochwasser der Salzach und der Enns ist derartig, daß der Bahnverkehr zwischen Bischofshofen, Zell am See und Wörgl eingestellt und die internationalen Schnellzüge über Bayern von Kufstein nach Salzburg geleitet werden müssen.

Eine Meldung aus Innsbruck, 9. Mai, besagt: Die Gemeinde Schwaz ist vom Hochwasser stark bedroht. Militär ist zur Hilfeleistung abgegangen. Bei Hetterwang ist die Reichsstraßenbrücke weggerissen. Die Verbindung nach Garmisch in Oberbayern ist unterbrochen. In Bludenz ist die Situation gefährlich. Die Staatsbahnbrücke bei St. Johann in Tirol ist eingestürzt. — Später wird uns noch aus Innsbruck, 9. Mai, gedrahtet: Infolge des Hochwassers wurde der Gesamtverkehr auf den Strecken Zell am See—Saalfelden, Fieberbrunn—St. Johann (Tirol), Bludenz—Feldkirch und Kaltenbrunnen—Schruns, ferner auf der Bregenzer Wälderbahn und der Montafonerbahn auf unbestimmte Dauer eingestellt. Auf der Strecke Schwarzach—Zell am See, St. Johann (Tirol)—Wörgl—Innsbruck—Bludenz, Feldkirch—Lindau ist der Gesamtverkehr, auf der Strecke Saalfelden—Fieberbrunn beschränkter Personenverkehr aufrecht erhalten.

Aus Wien, 9. Mai, wird uns noch berichtet: Aus dem ganzen Bezirke Reutte wird Hochwasser gemeldet. Im Lechtale sind die Brücken weggerissen und der Verkehr unterbrochen worden. Der Schaden ist sehr groß.

*

Die Bewegung unter den englischen Seeleuten. Eine am 9. cr. in South-Shields abgehaltene große Versammlung der Seeleute von North-Shields und South-Shields hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der gegen das Vorgehen des Reederverbandes protestiert wird, das die Klausel 3 des Nordostküsten-Abkommens verletzte, und in der ferner die Reeder der Nordostküste aufgefordert werden, sofort für loyale Ausführung des Abkommens zu sorgen. Andernfalls würden die Matrosen und Heizer sich auf ihren Schiffen nicht anheuern lassen.

Verhängnisvolles Erdbeben. In Guadalajara (Mexiko) sind zahlreiche Erdstöße vorgekommen, die größte Aufregung hervorgerufen haben. Mehrere Gebäude wurden beschädigt. In Tepic sollen mehrere Personen umgekommen sein. (Vergl. „Letzte Telegramme".)

Feuer in den Naphthawerken. — Menschenopfer? Aus Aschabad wird gedrahtet: In den Naphthawerken der Kaspischen Gesellschaft ist Feuer ausgebrochen. Es sollen Menschen dabei ums Leben gekommen sein.

Letzte Telegramme.

Flieger Birkmayer abgestürzt und schwer verletzt.

Görlitz, 10. Mai. Der Flieger Birkmayer, der seit mehreren Tagen auf einem vom Ingenieur Ephraim gebauten Eindecker wohlgelungene Flüge ausführte, darunter einen Rundflug um die Landeskrone, ist gestern auf dem Flugfelde von Moys durch Versagen des Motors abgestürzt und hat mehrere schwere Verletzungen erlitten.

Zum Hochwasser.

München, 10. Mai. Das Isarhochwasser erreichte gestern abend zwischen 9 und 10 Uhr mit 4,30 Metern den höchsten Stand, der je in München gemessen wurde.

Die Home Rule-Bill angenommen.

London, 10. Mai. Das Unterhaus hat gestern die Home Rule-Bill mit 372 gegen 271 Stimmen angenommen. Premierminister Asquith hatte zum Schluß ausgeführt, das irische Parlament würde mit der Annahme der Bill die legislative und exekutive Gewalt in allen rein irischen Angelegenheiten erlangen. Die Regierung würde auch anderen Landesteilen gegenüber eine Politik der Uebertragung gewisser staatlicher Machtvollkommenheit einschlagen.

Das Erdbeben in Mexiko.

New-York, 10. Mai. Nach Blättermeldungen aus Mexiko hat ein Erdbeben die Hälfte der Stadt Zapotlan zerstört, wobei 34 Personen getötet wurden. In Ciudad Guzman wurden 16 Personen getötet und 13 verletzt. Nach dem Erdbeben erfolgte ein heftiger Ausbruch des Vulkans Pico de Colima.

Börsen- und Handelsteil.

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel.

— Magdeburg, 9. Mai. Getreide und Futtermittel. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen, ruhig, englischer und Sommer- gut 226—229 M, Kolben Sommer- gut —— bis —— M, Rauhweizen gut —— M. — Roggen, inländ. fest, gut 198—201 M. — Gerste, fest, hiesige Chevallergerste gut — bis — M, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut — bis — M, ausländische Futtergerste, fest, gut 189—195 M. — Hafer fest, inländ. neuer gut 211—214 M. — Mais, fest, runder gut 188—193 M, amerikan. bunter gut 190—195 M.

— Berlin, 9. Mai. (Amtliche Notierungen der Produktenbörse.) Weizen per 1000 kg. Inl. 230—231 M ab Bahn. Normalgewicht 755 g. Inländ. lt. Probe —,— M. Abnahme im Mai 231,25—230,75—231,00 M, Abnahme im Juli 226,25—226,75—226,25—227 M, Abnahme im September 207,75—207,25—207,50 M, Abnahme im Oktober 207,50 bis 207,25 M. — Roggen für 1000 kg. Inländ. 200—201 M ab Bahn. Normalg. 712 g. Abnahme im Mai 201,25—200,75 bis 201,00 M, Abnahme im Juli 199,00—198,50—199,00 M, Sept. 178,25-177,75-178,25, Okt. 177,75-177,50-177,75 M. — Hafer für 1000 kg. Normalgewicht 450 g. Mai 202¼—202¼—202¼ M, Abnahme im Juli 202,50—202—202,75 M, Abnahme im September bis —,— M, Abnahme im Oktober —,— bis —,— bis —,— M. — Mais für 1000 kg (ohne Angabe der Provenienz.) Abn. im Juli 160,25 M. — Weizenmehl per 100 kg brutto einschl Sack ab Bahn und ab Speicher. Nr. 00 26,50—29,50 M, feinste Marken über Notiz bezahlt. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: 23 20 bis 25,70 M, Abnahme im Mai —,— M, Abnahme im Juli —,— M, Abnahme im Sept. —,— M. — Rüböl für 100 kg mit Faß in Mark. Abnahme im Mai 65,60—65,80—65,80 M, Oktober 67,70—67,50—67,60 M.

Frühmarkt. (Amtliche Notierungen.) Berlin, 9. Mai Weizen loko ab Bahn und frei Mühle, 230—231 M, Abn. Mai —,— M, Abnahme im Juli —,— bis —,— M, Abn. im Sept.—,—, Okt. 208,00 M. — Roggen loko 201—202 M Abnahme im Mai —,— bis —,— M, Abnahme Juli —,— bis —,— M, Abn. im September 179,50—179,25 M, im Okt. —,— M. — Gerste leichte inländische Futtergerste 197,50—202,00 M. schwere do. 203,00—211,00 M, russische und Donau leichte 198,00 bis 201 M, do. schwere 202—205 M frei Wagen und ab Bahn. — Hafer, inländ. märk. mecklenb. pomm., pos., schles. fein 214—218, do. mittel 210—213 bo. gering 207—209, alter ——, russ. feiner —— bis —, mittel 206 bis 211 M, gering 203 bis 205 M, Lieferung Dez. —,—, Mai —,— M ab Wagen und ab Bahn. Mais, amerikanischer mixed 189 bis 192 M, do. abfallender 185—188 M, runder 187—193 M, do. abfallender ——— M. türk. und serb. ——— M frei Wagen. — Erbsen, inländ. Futterware, mittel 181—188 M, russische do. 181—188 M, feine Taubenerbsen 189—200 M, Viktoriaerbsen ——— M, kleine Kocherbsen ——— M frei Wagen und ab Bahn. Weizenmehl 00 loko 26,50—29,50 M. Roggenmehl 0 u. 1 loko 23.40 bis 25,70 M. Weizenkleie grobe 14,60—15,00 M, feine 14,60 bis 15,00 M. Roggenkleie 14,75—15,00 M Bohnen —— bis ——— M Linsen ——— M.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— Magdeburg, 9. Mai. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 33,25—33,75 Mk. Tendenz: fest.

— Berlin, 9. Mai. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl 34,00 Mk., feuchte Stärke — Mk.

Spiritus.

— Hamburg, 9. Mai. Spiritus ruhig, Mai 32,25 G., Mai-Juni 31,75 G., Juni-Juli 31,75 G.

— Paris, 9. Mai. Spiritus fest, Mai 64,25, Juni 64,50, Juli-August 64,50, September-Dezember 53,25.

Oele und Oelfrüchte.

— Köln, 9. Mai. Rüböl loko 71,50, Oktober 71,00.

— Hamburg, 9. Mai. Rüböl fest, loko verzollt 68,00.

— Amsterdam, 9. Mai. Leinöl fest, loko —, Juni 43¼, Juni-August 42½, September-Dezember 39.

— Paris, 9. Mai. Rüböl ruhig, Mai 74,75, Juni 75,25, Juli-August 75,50, September-Dezember 76,00.

Zucker.

W. Hamburg, 9. Mai. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per 50 Kilo: per Mai 13,07½, per Juni 13,15, per Juli 13,25, per August 13,30, per Oktbr.-Dezbr. 11,05, per Januar-März 11,12½. Tendenz: flau.

W. London, 9. Mai. Rüben-Rohzucker 88 % Mai 13 sh. 2¼ Wert, stetig, Javazucker 96 % prompt 13 sh. 6 Verkäufer träge.

Kaffee.

— Hamburg, 9. Mai. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) Mai 68¼ G., September 68¾ G., Dezember 68¼ G., März 67¾ G. Tendenz: stetig.

— Amsterdam, 9. Mai. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko 52.

— Havre, 9. Mai. Kaffee. Good average Santos Mai 83½, September 84¼, Dezember 83¾, März 83¼. Tendenz: stetig.

W. Rio de Janeiro, 8. Mai. Kaffee. Zufuhren 3000 Sack in Rio, 9000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— Bremen, 9. Mai. Baumwolle, stetig. Upland middling loko 66,50 Pfg.

— Antwerpen, 9. Mai. Wolle. La Plata-Kammzug Type B. Mai 5,62½ Käufer, Februar 5,50 Käufer. Tendenz: Ruhig.

— Liverpool, 9. Mai. Baumwolle. Umsatz 12000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Stetig. Amerikanische middling Lieferungen: Fest. Per Mai 6,28, per Mai-Juni 6,28, per Juni-Juli 6,29, per Juli-August 6,31, per Aug.-Sept. 6,30, per Sept.-Okt. 6,28, per Okt.-Nov. 6,27, per Nov.-Dez. 6,25, per Dez.-Jan. 6,25, per Jan.-Febr. 6,25.

Metalle.

— Amsterdam, 9. Mai. Bancazinn fest, loko 127½.

— London, 9. Mai. Blei, span., 16½ Lstrl., engl. 16¾ Lstrl., Zink 21⅝ Lstrl., Zink 25¾ Lstrl., Chili-Kupfer 70½ Lstrl., 3 Monate 70 11/16 Lstrl.

— Glasgow, 9. Mai. (Schlußbericht.) Roheisen stetig. Middlesborough Warrants per Kassa 53 sh. 7 d.

Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— Leipzig, 9. Mai. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 165 Rinder (49 Ochsen, 37 Bullen, 11 Kalben, 75 Kühe, 4 Fresser). 1303 Kälber, 108 Stück Schafvieh, 2138 Schweine; zus. 3416 Tiere. Preise: Ochsen: I. —, II. 89, III. 82, IV. 73 M für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 88, II. 85, III. 82, VI 79 M für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. —, II. 89, III. 83, IV. 75, V. 66 M für 50 kg Schlachtgew. Fresser (gering genährtes Jungvieh) 70 M. Kälber: I. —, II. 65, III. 59, IV. 51 M für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 46, II. 44, III. — M, IV. — für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 74, II. 75, III. 71, IV. 68, V 66 M für 50 kg Schlachtgew. Ueberstand: 8 Rinder, davon — Ochsen, — Bullen, 2 Kühe, 1 Kalben, 2 Kälber, — Schafe, 4 Schweine. Geschäftsgang: Rinder mittel, Kälber mittel, Schafe langsam, Schweine mittel.

Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 9. Mai. Roter Winter-Weizen loko 123¼, per Mai 122, per Juli 119, per Septbr. 114⅜, per Dezbr. —,—. Mais per Mai —,—, per Juli —,—, per Sept. —,—. Mehl 4,50. Getreidefracht nach Liverpool 3¼.

W. Chicago, 9. Mai. Weizen per Mai 118, per Juli 114½, per Sept. 109⅝. Mais per Mai 81⅝, per Juli 78⅞, per Sept. 76.

W. New-York, 9. Mai. Petroleum Standard white in New-York 8,50, do. in Philadelphia —,—, do. in Refined Cases 10,50, do. Credit Balances at Oil City 1,55. Kupfer 15,50—15,75.

W. New-York 9. Mai. Schmalz Westernsteam 11,20, Rohe und Brothers 11,55.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch die Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.)

Straußfurt 8. Mai + 1.05, 9. Mai + 1.10. Grochlitz + 0.58, + 0.66. Nebra Obp. + 1.92, + 2.00. Nebra Untp. + 1.26, + 1.36. Bruckenp. + 0.72, + 0.82. Kösen + 0.50, + 0.50. Weißenfels Untp. — 0.36, — 0.26. Trotha + 1.32, + 1.28. Alsleben + 0.72, + 0.75. Bernburg + 0.28, + 0.30. Calbe Obp. + 1 31, + 1.32. Calbe Untp. — 0.15, — 0.15. Gritzehne + 0.04, + 0.04.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebensleben; für Provinz, Allgemeines, Börsen- u. Handelsteil: Max Ebeling; für Oertliches: Heinrich Miesichner; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle a. S. — Für unverlangt eingehende Manuskripte und Beiträge übernimmt die Redaktion keinerlei Verpflichtungen.

Bank für Handel u. Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S. Alte Promenade 3, gegenüber d. Stadttheater. Aktienkapital: 160 Millionen Mark. Reserven: 32 Millionen Mark. Provisionsfreie Abgabe in festverzinslichen, erstklass. Wertpapieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191205102-17/fragment/page=0003

Berliner Börse, 9. Mai 1912

Die Kurse in Cursschrift, wie die Zinstermine sind, so gesetzt: 1 Jan. | 1 Apr. | 1 Juli | 1 Okt. | 4 | 1.1.7. | 1.4.10. | 15.3.9. | 15.6.12. | 1.4.7. | 1.4.7. | 1.5.11. | 15.8.10